58. Jahrgang. № 29. Donnerstag, 29. Januar 1914.

Dresdner Nachrichten

Gegründet 1856

Druck und Verlag von Liepsch & Reichardt in Dresden.

Bezugs-Gebühr vierteljährl. für Dresden bei täglich zweimaliger Zutragung (an Sonn- und Montagen nur einmal) 2,50 M., durch auswärtige Kommissionäre bis 3,25 M. Bei einmaliger Zustellung durch die Post 3 M. (ohne Bestellgeld). Ausland: Oesterreich-Ungarn 5,45 Kr., Schweiz 5,65 Frks., Italien 7,17 Lire. — Nachdruck nur mit deutlicher Quellenangabe („Dresdner Nachr.") zulässig. — Unverlangte Manuskripte werd. nicht aufbewahrt.

Anzeigen-Tarif. Annahme von Ankündigungen bis nachm. 2 Uhr, Sonntags nur Marienstraße 38 von 11 bis 1/2 1 Uhr. Die einspaltige Zeile (etwa 8 Silben) 30 Pf., die zweispaltige Zeile auf Textseite 50 Pf., die zweispalt. Reklamezeile 1,50 M., Familien-Nachrichten aus Dresden die einspalt. Zeile 25 Pf. — In Nummern nach Sonn- und Feiertagen erhöhter Tarif. — Auswärtige Aufträge nur gegen Vorausbezahlung. Jedes Belegblatt 10 Pf.

Telegramm-Adresse: Nachrichten Dresden.
Sammelnummer für sämtl. Telephonanschlüsse: 25241
Nachtanschluß: 11.

Hauptgeschäftsstelle:
Marienstraße 38/40.

Für Feinschmecker: Lobeck's Fondant-Chocolade, Rahm-Chocolade, Bitter-Chocolade per Tafel 50 ₰; Cacao per 1/2 Kg. Dose 2,40 M.; Dessert per Carton 2, 3 u. 4 M. Marke: Dreiring.

Schläuche, Klappen, Platten, Ringe, Schnüre, Walzen, Puffer, Riemen aus Gummi, Guttapercha, Asbest fertigt in garantiert haltbaren Qualitäten E. Böhme, Dresden, Ferdinandstr. 13.

Louis Herrmann, Am See 28. Drahtgeflechte

Blusen, Jupons. Konfekt.-Abteil. Ferdinandplatz. Nanitz, Seidenhaus, Prager Straße 14.

Tuchwaren. Grossartige Auswahl hoch aparter Neuheiten in deutschen u. engl. Qualitäten, streng solide Ware, ausserordentlich billige Preise. C. H. Hesse Nchf., Marienstr. 20, 3 Raben.

Für eilige Leser

am Donnerstag morgen.

Mutmaßliche Witterung: Schwache Südwestwinde, meist heiter, tagsüber mild, nachts Frost, zeitweise Nebel.

Die Zweite Kammer erledigte gestern mehrere Etatskapitel und verwies das Pfarrbesoldungsgesetz an die Gesetzgebungsdeputation.

Im Reichstage gab bei der Weiterberatung des Etats für das Reichsamt des Innern Staatssekretär Dr. Delbrück eine Erklärung über die Mittelstandspolitik ab.

Die Matrikularbeiträge für 1914 belaufen sich auf 245 958 224 Mk. gegen 255 419 318 Mk. im Jahre 1913; auf Sachsen entfallen 18 411 637 Mk.

Das Reichsschatzamt hat die Eingaben auf sofortige Aufhebung des Scheckstempels abgelehnt.

Staatssekretär Zorn v. Bulach gab die Erklärung ab, die reichsländische Gesamtregierung habe aus den Zaberner Vorfällen ihre Konsequenzen gezogen, doch sei die Entscheidung noch nicht erfolgt.

Das preußische Abgeordnetenhaus beendete gestern die zweite Beratung der Landwirtschaftlichen Verwaltung.

Eine direkte offizielle drahtlose Verbindung zwischen Deutschland und Amerika hat am Dienstag zum ersten Male stattgefunden.

Die Leitung der hannoverschen Welfenpartei beschloß eine bedeutsame Ausdehnung ihrer Organisation und Agitation.

Die französische Kammer genehmigte einstimmig eine Regierungsvorlage auf Aufnahme einer Anleihe von 170 Millionen für öffentliche Arbeiten in Marokko.

Der holländische Ministerrat beschloß die Aufnahme einer Anleihe von 320 Millionen Gulden zum Ausbau der Flotte für die Heimat und die Kolonien.

Bulgarien steht nach Wiener Meldungen am Vorabend der Revolution: das Militär hat sich schon mehrfach geweigert, gegen Ausschreitungen vorzugehen.

Einen „neuen schweren Schlag gegen die christlichen Gewerkschaften"

nennt das im rheinischen Industriegebiete führende ultramontane Organ, die Dortmunder „Tremonia", die Schwenkung, die der Fürstbischof Kopp in den letzten Tagen gegenüber den interkonfessionellen Arbeiterorganisationen vollzogen und durch die er seine frühere versöhnlichere Haltung in ihr Gegenteil verkehrt hat. Der Graf von Oppersdorff, der durch seinen im Kampfe gegen die christlichen Gewerkschaften entwickelten Fanatismus als Führer der Berlin-Breslau-Trierer Richtung bekannt geworden ist, hatte es für nötig gehalten, an den Fürstbischof Kopp die schriftliche Bitte zu richten, er möge einige noch vorhandene Unklarheiten in der Stellungnahme des Episkopats zu der vielberufenen päpstlichen Enzyklika, welche die „Christlichen", wie sie von den „Berlinern" höhnisch genannt werden, verurteilt, durch eine unzweideutige Erklärung aufhellen. Der Fürstbischof hat diesem Ansuchen prompt entsprochen, indem er dem fehdelustigen Grafen ein Antwortschreiben zusandte, worin er alles, was er vorher in entgegenkommendem Sinne über die christliche Arbeiterbewegung gesagt hat, förmlich zurücknimmt und den „Christlichen" ein glattes Verdammungsurteil spricht.

Um die Bedeutung dieses Vorganges richtig zu würdigen, muß man sich die wesentlichen Einzelheiten des verzweifelten Ringens, das die christlichen Gewerkschaften nach der päpstlichen Enzyklika um die Behauptung ihrer Selbständigkeit geführt haben, ins Gedächtnis zurückrufen. Zuerst kam der Kongreß in Essen, auf dem die christlichen Gewerkschaftsführer den Satz verteidigten, daß die katholische Pflicht zum Gehorsam gegen die Autorität der Bischöfe sich nicht auf rein wirtschaftliche Fragen erstrecke. Diese Auffassung ließen sie sich von dem ihren Bestrebungen geneigten Bischof Dr. Schulte von Paderborn in einer Erläuterung der zu Zweifeln Anlaß gebenden Sätze der Enzyklika bestätigen. Damals hatte auch der Fürstbischof Kopp den Schulteschen Erläuterungen seine Zustimmung erteilt. Gleich darauf setzten aber scharfe Angriffe von sozialdemokratischer Seite ein, in denen behauptet wurde, die christlichen Gewerkschaftsführer täten nur äußerlich so, als wenn sie in wirtschaftlichen Angelegenheiten von den Bischöfen unabhängig wären, hätten aber insgeheim sich unterworfen und den Standpunkt der Enzyklika anerkannt. Daraufin strengten die Gewerkschaftsführer gegen mehrere sozialistische Blätter einen Beleidigungsprozeß an, worin sie in dem grundsätzlichen Punkte, der Verteidigung ihrer wirtschaftlichen Selbständigkeit gegenüber den Bischöfen, recht bekamen. Kaum hatten die christlichen Gewerkschaften auf solche Weise mit Mühe einen neuen Standplatz gewonnen, da fährt ihnen nun wieder der Fürstbischof Kopp schonungslos durch die Parade, erklärt die Führer wegen ihres angeblichen schroffen Gebarens gegenüber dem Episkopat der von diesem gezeigten Milde für unwürdig und nimmt seine Zustimmung zu den Schulteschen Erläuterungen der Enzyklika zurück! Das heißt mit anderen Worten, daß die christlichen Gewerkschaften künftig nur die Wahl haben, entweder sich ostentativ von den Bischöfen loszusagen und dem Bannstrahl zu verfallen oder sich der bischöflichen Autorität auch in wirtschaftlichen Dingen zu unterwerfen. Das Letztere aber wäre gleichbedeutend mit der Sprengung der Organisation überhaupt. Den Vorteil hätte dann die Sozialdemokratie, in deren Lager die bisher in den christlichen Gewerkschaften organisierten Arbeiter scharenweise abströmen würden. Von den rein katholischen Arbeitervereinen, die ganz unter der Fuchtel der Bischöfe stehen und in wirtschaftlich-sozialer Hinsicht völlig bedeutungslos sind, will die weitaus überwiegende Mehrheit der katholischen Arbeiterschaft selbst nichts wissen.

Die starre konfessionelle Hartnäckigkeit und Unversöhnlichkeit der vom Vatikan aus geförderten Berliner Richtung bedroht also wegen ihrer, wenn auch nicht gewollten, aber doch tatsächlich eintretenden Begünstigung der Sozialdemokratie den inneren Frieden im Reiche. Dieser Erkenntnis hat sich die Reichsregierung von vornherein nicht verschlossen; wurde doch gleich nach der Veröffentlichung der Enzyklika unwidersprochen behauptet, daß der Reichskanzler Herr v. Bethmann-Hollweg der Kurie gegenüber in bestimmtester Form zu erkennen gegeben habe, dies sei nun endgültig das Letzte, was sich die deutsche Reichsregierung an römisch-kirchlichen Eingriffen in die innerdeutschen Angelegenheiten gefallen lasse. Wenn sich damals die leitende Berliner Stelle schon so deutlich gegenüber der Kurie selbst ausgesprochen hat, wie darf dann jetzt ein einzelner deutscher Kirchenfürst es wagen, aufs neue den Frieden zu stören und die kaum begrabene Streitaxt wieder hervorzuholen? Die Zentrumspresse stellt fest, daß es sich bei der Schulteschen Auslegung der Enzyklika um eine auch vom Fürstbischof Kopp als solche anerkannte authentische Interpretation des gesamten deutschen Episkopats handle, und daß er daher die Zurücknahme seiner Zustimmung nur vor der Konferenz der deutschen Bischöfe erklären dürfe. Wenn diese Auffassung zutrifft, so muß der Friedensbruch des Fürstbischofs doppelt verwerflich erscheinen. Die Reichsregierung wird nicht umhin können, in der Sache nach dem Rechten zu sehen und mit dem ernstesten Nachdruck das schützende Schild ihrer Autorität vor die christlichen Gewerkschaften zu halten, um sie vor dem völligen Zusammenbruch, der ihnen durch den konfessionellen Fanatismus der Berliner Richtung droht, nach Möglichkeit zu behüten. Daß die Regierung in diesem Bestreben auf die tatkräftige Beihilfe der christlichen Gewerkschaften selbst rechnen darf, geht aus der im Anschluß an den Brief des Kardinals Kopp gegebenen Versicherung eines Führers der Bewegung hervor, daß Führer und Mannen das Letzte daransetzen würden, um die volle Unabhängigkeit und Selbständigkeit der christlichen Gewerkschaften zu wahren.

*

Wir schließen an die vorstehenden Ausführungen folgende die Situation scharf beleuchtende Meldungen:

Berlin. (Priv.-Tel.) Der römische Vertreter der „Tägl. Rundsch." erfährt aus vatikanischer Quelle, daß die Kurie über den Brief des Kardinals Kopp an den Grafen Oppersdorff bestürzt sei. Die Haltung des Breslauer Bischofs, der früher Oppersdorff scharf bekämpfte, erscheine unverständlich. Der Kopp-Brief an einen Laien kompromittiere den Bischof Schulte von Paderborn vor der Oeffentlichkeit schwer. Die Kurie bedauert, daß Kopp interne Gegensätze im deutschen Episkopat an die Oeffentlichkeit zerre und absichtlich verschärfe; denn die Kurie sehe voraus, daß die Mehrheit des deutschen Episkopats für den bloßgestellten Bischof eintreten werde, da Kardinal Kopp keinerlei Recht besitze, als öffentlicher Zensor seines gleichgestellten Kollegen aufzutreten. Selbst der Papst, der den Frieden im Gewerkschaftsstreit durchaus wünsche, sei sehr besorgt, weil Kardinal Kopp den ganzen Streit erneut aufrolle und nicht nur den Frieden im deutschen Episkopat und unter den Gläubigen störe, sondern auch einen Konflikt mit der Regierung heraufbeschwöre. Die Stellungnahme des Kardinals Kopp sei um so unerfreulicher und unbilliger, als gerade in jüngster Zeit die Katholiken Oesterreichs sich für den von den Anhängern Oppersdorffs angegriffenen Wiener Erzbischof energisch einsetzten, so daß auch dort ein Konflikt auszubrechen drohe. Die intransigente und extreme ultramontane Umgebung des Papstes versuche jedoch, diesen scharf zu machen und ihm vor Augen zu führen, daß das ganze Ideal seines Pontifikates auf dem Spiele stehe. Der liberale Katholizismus aller Länder habe geschworen, das Lebenswerk des Papstes noch vor seinem Tode zu zerstören.

Berlin. (Priv.-Tel.) Der neuentbrannte Streit um die christlichen Gewerkschaften hat den Geheimen Justizrat Dr. Porsch in Breslau veranlaßt, sein Amt als fürstbischöflicher Konsistorialrat niederzulegen. Dr. Porsch hatte im Winter 1912 vom Fürstbischof Kardinal Kopp ein Schreiben erhalten, das im Sinne der ausgleichenden Tendenz gehalten war, mit der die Freunde der christlichen Gewerkschaften die durch die päpstliche Enzyklika entstandenen Schwierigkeiten zu überwinden suchten. Da Kardinal Kopp jetzt in einem Schreiben an den Grafen Oppersdorff diese Tendenz ausdrücklich mißbilligt, gelten jene Bemühungen als endgültig gescheitert. Zur Niederlegung seines kirchlichen Amtes mag Geheimrat Dr. Porsch sich um deswillen bewogen gefühlt haben, weil er stets zu den lebhaftesten Befürwortern einer Verständigung zwischen katholischen Fachvereinigungen und christlichen Gewerkschaften gehört hat.

Albanien und die Inselfrage.

Aus Wien erhalten wir von besonderer Seite folgende Ausführungen, die die dortige Auffassung der noch schwebenden Fragen auf dem Balkan wiedergeben:

In Wien, wo man unmittelbare Informationen über Albanien erhält, wird die Lage in diesem neuen Staate durchaus nicht so pessimistisch beurteilt wie in einem Teile der Blätter der Tripel-Entente. Der Rücktritt Ismail Kemals und die Uebernahme der provisorischen Regierung durch die internationale Kontrollkommission hat zur Besserung der Situation beigetragen. Diese Kommission bietet natürlich eine sicherere Garantie für die Durchführung der europäischen Beschlüsse bis zur Ankunft des Prinzen zu Wied, als Ismail Kemal, dessen man sich zur Vermittlung nur deshalb bediente, weil er tatsächlich eine führende Rolle in Albanien spielt, ähnlich wie Essad Pascha, über dessen Absichten man auch jetzt noch nicht ganz aufgeklärt ist. Es steht nur fest, daß dieser feudale Großgrundbesitzer, der über einen großen Anhang verfügt, bei jeder Gelegenheit betont, er werde dem neuen, von Europa bestimmten Fürsten treu ergeben sein. Die Nachrichten über Kämpfe der Soldaten Essads gegen die Verteidiger Elbassans haben sich als stark übertrieben erwiesen. Auch die Gefahr einer mohammedanischen Bewegung gegen den neuen christlichen Herrscher ist nicht so groß, als sie teilweise hingestellt wird. Die Religion hat in Albanien nie die große Rolle gespielt wie in den anderen noch kürzlich zur Türkei gehörenden Gebieten des Balkans. Daß man in Konstantinopel eine derartige Bewegung, besonders im Hinblick auf einen etwaigen Krieg gegen Griechenland, gern sieht und vielleicht auch begünstigt, ist begreiflich. Man glaubt aber in Wien, daß die Ankunft des Prinzen zu Wied, die der herrenlosen Zeit ein Ende setzt, genügen wird, um die jetzigen Unruhen beizulegen, die in dem jungen, erst jetzt zum Bewußtsein der eigenen Nationalität erweckten Staatswesen um so mehr zu erwarten waren, da eine eigentliche Zentralgewalt bisher fehlte. Die Ankunft des neuen Herrschers dürfte nun nicht mehr lange auf sich warten lassen, da die Verhandlungen über die von den Mächten zu garantierende Anleihe für Albanien demnächst zu einem Ergebnis führen werden.

Unter diesen Umständen erscheint die Notwendigkeit der Entsendung von fremden Truppen augenblicklich nicht vorzuliegen. Die Nachrichten von einer solchen Truppensendung zur Pazifizierung Albaniens, die vielleicht auf die Bereitstellung einer kleinen Eskorte für den in Durazzo einziehenden Fürsten zurückzuführen sind, werden auch in Wien an maßgebender Stelle dementiert. Gegen eine solche Okkupation sprechen verschiedene Argumente. Zunächst würde sie, wenn auch nur vorübergehend, eine Beeinträchtigung der auf der Londoner Botschafterkonferenz begründeten Unabhängigkeit Albaniens bedeuten und nicht zur Popularität des neuen Herrschers beitragen, sodann würde die Frage nicht leicht zu entscheiden sein, wie weit die Okkupation ausgedehnt werden solle, wann sie wieder aufzuhören habe, und von wem sie auszuführen sei. Die Tripelentente-mächte scheinen nicht geneigt zu sein, für Albanien Opfer zu bringen, anderseits würden sie aber auch einer austro-italienischen Expedition höchstens mit dem Hintergedanken zustimmen, daß diese beiden Adriamächte hierdurch in eine ähnliche Lage kommen könnten, wie Preußen und Oesterreich seinerzeit in Schleswig-Holstein. Auch ist in Wien selbst wenig Neigung zu einer derartigen Unternehmung zu zweit zu verspüren.

Beunruhigender als die albanische Angelegenheit erscheint die zwischen der Türkei und Griechenland schwebende Inselfrage. Jedoch dementiert man in

Eßt Pfunds Yoghurt!